

E-Mail-Newsletter

Nr. 178, 5. April 2013

Liebe Mitglieder, FörderInnen und Interessierte!

Der Winter ist zwar immer noch nicht wirklich zu Ende, dafür aber bereits der „Winterabschiebestopp“, den die Landesregierung den Familien mit minderjährigen Kindern aus Südosteuropa gewährt hatte. Ab jetzt soll konsequent zur „freiwilligen Ausreise“ gezwungen oder abgeschoben werden. Gleichzeitig verkündeten sowohl das Innenministerium als auch das Integrationsministerium eine positive Bilanz des mittlerweile zweijährigen grünroten Regierungshandelns in Baden-Württemberg, auch im Bereich der Flüchtlingspolitik. Der Flüchtlingsrat anerkennt die von der Landesregierung vorgenommenen Verbesserungen, sieht es aber genauso als seine Aufgabe an, auf die weiterhin bestehenden Mängel und Missstände hinzuweisen. Insbesondere bei der Unterbringung der Flüchtlinge zeigen sich in den letzten Monaten trotz des politischen Verbesserungswillens diverse Verschlechterungen. All dies wird auch wieder in diesem Newsletter thematisiert. Wir wünschen eine anregende Lektüre und freuen uns auf Ihre Rückmeldungen.

Vorstand und Geschäftsstelle des Flüchtlingsrats Baden-Württemberg

1. BADEN-WÜRTTEMBERG

Neues vom Flüchtlingsrat / Berichte aus den Regionen / Pressedoku...

Der Wechsel ist vollzogen!?

Innen- und Integrationsministerium ziehen positive Bilanz von zweijährigem Regierungshandeln

Mit dem Slogan "Der Wechsel beginnt" war der Koalitionsvertrag der grünroten Landesregierung überschrieben. Ambitionierte Ziele wurden darin formuliert, auch im Bereich der Asyl- und Flüchtlingspolitik. Noch am 9. März trug die Plenumstagung des Flüchtlingsrats Baden-Württemberg den Titel "Wann beginnt der Wechsel?". Kurz darauf veröffentlichten Innen- wie Integrationsministerium eine Bilanz ihres bisherigen Regierungshandelns. Innenminister Gall hob die Lockerung der Residenzpflicht für Asylbewerber/innen, das Engagement für eine neue stichtagsfreie Bleiberechtsregelung und den "Winterabschiebestopp" hervor. Integrationsministerin Öney verwies auf die Verbesserungen, die das neue Flüchtlingsaufnahmegesetz bringen soll.

24.03.2013 [Pressemitteilung Innenministerium BW: "Zwei Jahre grün-rote Landesregierung. Innenminister Gall: „Das Innenministerium vollzieht den Wechsel“ "](#)

26.03.2013 [Pressemitteilung Ministerium für Integration BW: Wahlsieg von Grün-Rot jährt sich zum zweiten Mal. Integrationsministerin Bilkay Öney: "Innerhalb von 22 Monaten haben wir viel gearbeitet und erarbeitet, um die Integration in Baden-Württemberg voranzubringen"](#)

Land erhöht Erstattungspauschale nach dem Flüchtlingsaufnahmegesetz

Anpassung der Einmalzahlung pro Flüchtling an die Stadt- und Landkreise aufgrund des Urteils des Bundesverfassungsgerichts zum Asylbewerberleistungsgesetz

Mit Pressemitteilung vom 26. März 2013 hat das Ministerium für Integration die Erhöhung der an die Landkreise auszahlenden Einmalpauschalen nach dem Flüchtlingsaufnahmegesetz für Unterbringung, Sozialleistungen und Sozialbetreuung bekannt gegeben. Die Verordnung sieht eine Erhöhung um rd. 1800 Euro auf 12.270 Euro pro Person vor. Damit werden die vom Bundesverfassungsgericht am 18. Juli 2012 erhöhten Grundleistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz in die Pauschale übernommen.

Bereits für die Monate August bis Dezember 2012 wurde dieser erhöhte Satz an die Stadt- und Landkreise erstattet. Im

Anhörungsverfahren zu dieser Verordnung hat auch der Flüchtlingsrat eine Stellungnahme abgegeben. Es wurde kritisiert, dass aus der neuen Pauschalensfestsetzung nicht erkennbar sei, mit welchen Mitteln die Kosten für eine Verbesserung der sozialen Betreuung und Beratung, der Gesundheitsversorgung und der Unterbringung im Rahmen des geplanten neues Flüchtlingsaufnahmegesetzes getragen werden sollen. Wann die Neufassung des Gesetzes, das bereits für Herbst 2012 angekündigt war, kommen wird, ist derzeit nicht bekannt.

26.03.2013 [Pressemitteilung Ministerium für Integration Baden-Württemberg: "Integrationsministerin Öney hält Wort: Land erhöht Erstattungspauschale an die Stadt- und Landkreise für Flüchtlingsunterbringung](#)

Flüchtlingsproteste in konservativen Landkreisen

Asylsuchende wehren sich gegen schlechte Unterkünfte und Sachleistungsversorgung

Auch nach zwei Jahren grünroter Regierungspolitik gibt es eklatante Mängel bei der Unterbringung und der Sozialversorgung der Flüchtlinge in Baden-Württemberg. Aktuell mehren sich die selbst organisierten Proteste von Flüchtlingen - häufig kaum bis gar nicht unterstützt von der "Zivilgesellschaft" - gegen schlechte Unterkünfte, beengte Unterbringung, Lärm und Dreck und die nach wie vor bestehende Diskriminierung durch Sachleistungsversorgung durch Essenspakete oder Lagershops. Vor allem in mehreren politisch konservativ geführten Landkreisen ist die Bereitschaft zur Humanisierung des Umgangs mit den Flüchtlingen sehr begrenzt. Ein paar aktuelle Beispiele...

- 03.04.2013 [Main-Tauber-Kreis: Flüchtlinge protestieren gegen Unterbringung und Sozialversorgung](#)

- 21.03.2013 [Heidenheim: Flüchtlinge demonstrieren für bessere Essensversorgung. Landratsamt will weiter an Essenspaketen festhalten.](#)

- 17.03.2013 Der Sonntag, Freiburg: [In zentraler Lage. Das Gebäude der Arbeitsagentur Bad Säckingen war als ASYLBEWERBERHEIM im Gespräch, doch aus Angst vor Protesten wurde nichts daraus. \[PDF\]](#) Erneut wird bekannt, dass im Kreis Waldshut aufgrund von (befürchteten) Bürgerprotesten die Einrichtung einer Flüchtlingsunterkunft unterlassen wird. Argumentation: Die Lage des ehemaligen Arbeitsamts ist zu zentral, zu nah an der normalen Wohnbevölkerung, um dort Flüchtlinge unterzubringen.

15.03.2013 Flüchtlinge im Hohenlohekreis fordern Bargeld statt Essenspakete. Am 15. März demonstrierten 70 Flüchtlinge vor der Gemeinschaftsunterkunft in Künzelsau

- 15.03.2013 Hohenlohekreis [stimme.de: Asylbewerber: "Wir sind im Hungerstreik"](#)

- 01.03.2013 [Neckar-Odenwaldkreis: Flüchtlinge fordern Bargeld statt Lagershop](#)

- 30.03.2013 [Rhein-Neckar-Zeitung: "Statt des geforderten Bargelds gibt es in Zukunft Gutscheine](#)

Rems-Murr-Kreis muss Unterkunft in Fellbacher Gewerbegebiet aufgeben

VGH Mannheim erklärt Klage gegen Unterbringung von 68 Asylsuchenden im ehemaligen Roncalli-Haus in Oeffingen für zulässig

Laut einem vorläufigen Beschluss des Verwaltungsgerichtshofs Mannheim ist eine Klage von Anwohnern gegen eine vom Rems-Murr-Kreis in einem Gewerbegebiet in Oeffingen bei Fellbach angemietete und bereits seit Ende 2012 betriebene Gemeinschaftsunterkunft zulässig. Das Verwaltungsgericht Stuttgart hatte eine solche Klage zunächst abgelehnt. Das "Roncalli-Haus" war auch in früheren Zeiten ein Wohnheim, für die Nutzung als Gemeinschaftsunterkunft stellte der Landkreis einen Nutzungsänderungsantrag, da die Belegungszahl um 20 erhöht werden sollte. Da die dagegen eingelegte Klage nun aufgrund des VGH-Urteils aufschiebende Wirkung hat und damit die vorläufige Genehmigung der Unterbringung im Gewerbegebiet auf Eis liegt, erklärte der Landkreis, dass er jetzt nach alternativen Unterbringungsmöglichkeiten suche. Das Urteil könnte auch für andere Kommunen Konsequenzen haben.

04.04.2013 [Stuttgarter Zeitung: "Asylbewerber müssen umziehen." \(Autoren: Eva Herrschmann und Hans-Dieter Wolz\)](#)

04.04.2013 [Landratsamt Rems-Murr-Kreis: "Kurzfristig keine anderweitige Unterbringung von Asylbewerbern. Landkreis über VGH-Urteil erstaunt – Stadt Fellbach wünscht vom Kreis anderweitige Unterbringung der im Roncalli-Haus in Oeffingen eingewiesenen Asylbewerber."](#)

Nach dem Winterabschiebestopp

Aufenthaltsbeendende Maßnahmen durch "freiwillige Ausreise" und Abschiebung beginnen jetzt

Der Winter ist zwar immer noch nicht wirklich zu Ende, dafür aber bereits der bis 20. März gültige „Winterabschiebestopp“, den die Landesregierung (allerdings erst nach Protesten u.a. seitens des Flüchtlingsrats) den Familien mit minderjährigen Kindern aus Südosteuropa gewährt hatte. Ab jetzt soll konsequent zur „freiwilligen Ausreise“ gezwungen oder abgeschoben werden. Nach Informationen aus dem Innenministerium hat sich Baden-Württemberg an einer FRONTEx-Abschiebung ab Flughafen Stuttgart am 21. März nicht beteiligt, plant jedoch in den nächsten Wochen "Einzelmaßnahmen". Die neue Landesregierung von Niedersachsen will bei geplanten Abschiebungen grundsätzlich so vorgehen, dass vorher angekündigt wird und damit die Möglichkeit der "freiwilligen Ausreise" bleibt. Wenn es doch zum Vollzug kommt, sollen die Betroffenen nicht mitten in der Nacht oder am frühen Morgen abgeholt werden. Ob es derlei Konzessionen bei der Aufenthaltsbeendigung auch in Baden-Württemberg geben wird, ist nicht bekannt. **Am 24. April soll es ab Flughafen Stuttgart oder Baden-Airpark Karlsruhe eine**

Sammelabschiebung nach Serbien und Mazedonien geben.

- 21. 03. 2013 [Pressemitteilung Landtagsfraktion Bündnis 90 / Die Grünen Baden-Württemberg: "Freiwillige Ausreise muss Vorrang vor Abschiebung haben."](#) Zum Ende des Winterabschiebestopps in die Balkanstaaten betonte Uli Sckerl, innenpolitischer Sprecher der Landtagsgrünen, dass die freiwillige Ausreise stets Vorrang vor einer Abschiebung haben muss. [\[weiterlesen...\]](#)
- 28.03.2013 In Mecklenburg-Vorpommern wurde der "Winterabschiebestopp" bis Ende April verlängert
- 02.04.2013 Der Antwort auf eine Kleine Anfrage im NRW-Landtag ist zu entnehmen, dass für 2013 folgende Sammelabschiebungen über den Düsseldorfer Flughafen geplant sind: 23.04. Serbien, 07.05. Kosovo, 18.06. Serbien/Mazedonien, 16.07. Serbien, 24.09. Serbien, 08.10. Kosovo, 19.11. Serbien. Die vom Baden-Airpark Karlsruhe ausgehenden geplanten Sammelabschiebe-Termine sind bisher nicht bekannt.

Sammelabschiebung nach Serbien und Mazedonien am 24. April

Demonstration unter dem Motto „Wer bleiben will, soll bleiben – Gemeinsam gegen die grün-rote Abschiebepolitik“ am 20. April in Freiburg

Wie Radio Dreyeckland am 5. April berichtete, ist für den 24. April eine Sammelabschiebung nach Serbien und Mazedonien ab Flughafen Stuttgart oder Baden-Airpark Karlsruhe geplant. Damit beginnt auch in Baden-Württemberg der zwangsweise Vollzug der Abschiebungen, vor allem von Angehörigen der Minderheit der Roma, die im vergangenen Jahr als Asylsuchende nach Deutschland gekommen sind.

Unter dem Motto "Wer bleiben will, soll bleiben - „Freiwillige Ausreisen“ sind nichts anderes als indirekte Abschiebungen... Alle Abschiebungen stoppen! SOLIDARITÄT JETZT!" ruft ein Bündnis aus antirassistischen Gruppen zu einer Demonstration am 20. April 2013 ab 14 Uhr nach FREIBURG auf.

- 05.04.2013 [Radio Dreyeckland Freiburg: Nächste Sammelabschiebung aus Baden-Württemberg am 24. April - und weitere Daten zu Abschiebungen](#)

- 05.04.2013 Aktion Bleiberecht Freiburg: „Freiwillige Ausreisen“ sind nichts anderes als indirekte Abschiebungen... Link zu [Aufruf](#) und [Plakat](#) für die Demonstration am 20. April in Freiburg

Starthilfe für Roma

Freunde für Fremde Karlsruhe beginnen Hilfsaktion für rückkehrpflichtige Roma aus Südosteuropa

Nach der "freiwilligen Rückkehr" oder der Abschiebung sind die meisten Flüchtlinge aus Südosteuropa mit absoluter Armut und Perspektivlosigkeit konfrontiert. Sie stehen vor dem Nichts und müssen sich alles neu aufbauen. Wer nach dem 15.12.2010 in Deutschland eingereist ist, erhält keine staatlichen Rückkehrhilfen. Für die derzeit etwa 50 Roma, die die "Freunde für Fremde Karlsruhe" in der Gemeinschaftsunterkunft Ettlingen unterstützen, hat der Verein Anfang April ein umfangreiches Starthilfe-Projekt begonnen.

- 01.04.2013 [Freunde für Fremde Karlsruhe: "Hilfe für rückkehrpflichtige Roma nach Serbien, Kosovo und Mazedonien \[PDF\]](#)

In aller Kürze:

- Flüchtlingsrat BW (12.03.2013): [Rundbrief 1/2013: Minderheiten schützen statt abschieben! Rundbrief komplett als PDF \[2,1 MB\] zur Online-Bestellung](#)
- 25.03.2013 [Radiointerview mit Freudenstadts Sozialamtsleiter Bornhauser zu Sachleistungen. Link zum Interview auf www.freie-radios.net](#)
- 30.03.2013 [Radeln für das Bleiberecht](#). Ex-Flüchtlingsrats-Vorstandsmitglied Martin Fink (Bündnis gegen Abschiebehaft Tübingen, Fluchtpunkte e.V.) und Sirke Heid fahren 18.000 km von Tübingen bis nach China - und sammeln Geld für die Flüchtlingsarbeit. Blog unter www.radeln-fuers-bleiberecht.org

2. THEMEN & INFORMATIONEN

Informationen zur Asyl-, Flüchtlings- und Migrationspolitik BaWü / BRD / EU

Deutschland plant Aufnahme syrischer Flüchtlinge

Noch vor einem EU-Beschluss will Deutschland in diesem Jahr 5000 Bürgerkriegsflüchtlinge aufnehmen, vor allem "besonders Schutzbedürftige"

Bundesinnenminister Friedrich hat am 20. März vor der Bundespressekonferenz die Aufnahme von etwa 5.000 Flüchtlingen aus Syrien angekündigt. Dies habe er mit den Innenministern der Länder besprochen. Die ersten Flüchtlinge sollen im Juni nach Deutschland kommen. Gleichzeitig soll weiter für eine koordinierte Aufnahmeaktion der EU geworben werden. PRO ASYL erklärte, dass dieser Kurswechsel der Bundesregierung ein erster wichtiger Schritt zur

Übernahme von Verantwortung sei. Angesichts der über eine Million Flüchtlinge falle die Zahl 5.000 aber sehr bescheiden aus. Außerdem müsse Deutschland seine rigide Visaverweigerungspolitik aufgeben, die es Angehörigen von in Deutschland lebenden syrischen Staatsbürgern verunmöglicht, ein Visum zu erhalten.

- **20.03.2013 Bundesministerium des Inneren: Flüchtlinge aus Syrien. Erklärung des BMI vor der Bundespressekonferenz**

- 15.03.2013 BMI: [Weiter keine Abschiebungen nach Syrien](#). Erklärung des BMI zur von der Innenministerkonferenz beschlossenen Fortsetzung des Abschiebestopps nach Syrien

- 20.03.2013 [Presseerklärung PRO ASYL: Bundesregierung diskutiert Aufnahme syrischer Flüchtlinge. PRO ASYL begrüßt den Vorstoß der Bundesregierung zur Aufnahme syrischer Flüchtlinge und fordert: Familienangehörige aufnehmen – auch außerhalb eines Kontingents.](#)

- 20.03.2013 [PRO ASYL-Aktion: "Wir brauchen offene Türen für Verfolgte"](#). Machen Sie mit!

- 20.03.2013 [tagesschau.de: Deutschland nimmt Flüchtlinge aus Syrien auf](#)

- 21.03.2013 [PRO ASYL: Flüchtlingsaufnahme aus Syrien – erste Einschätzungen von PRO ASYL](#)

- **01.04.2013 [graswurzelrevolution April 2013: Karl Kopp \(Pro Asyl\): "An Europas Grenzen: Syrische Flüchtlinge gestrandet, entrechtet und im Stich gelassen."](#)**

Bundesregierung gibt Auskunft zur Asylstatistik 2012

Die Bundesregierung hat am 31. Januar 2013 eine kleine Anfrage der Fraktion Die Linke beantwortet (BT-Drucksache [17/12053](#) und [17/12234](#)) und ergänzende Informationen zur Asylstatistik für das Jahr 2012 gegeben. Eine der wesentlichen Informationen ist, dass das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge die Asylverfahrensdauer für Schutzsuchende aus den Staaten des Westbalkans auf sieben Tage verkürzt hat. Immerhin hat es kurz vor Toresschluss im vierten Quartal 2012 noch zwei Flüchtlingsanerkennungen bei serbischen Asylsuchenden gegeben, darüber hinaus in 41 Fällen die Zuerkennung subsidiären Schutzes. Die Roma-Sonderaktion im Bundesamt schlägt sich nieder in einer Zahl von 119 Anhörungen zum Westbalkan, die arbeitstäglich durchgeführt wurden. Das Resultat wird ebenfalls deutlich. Die Verfahrensdauern bei Asylsuchenden aus anderen Herkunftsländern nahmen drastisch zu.

Quelle: Pro Asyl (03.04.2013): Fachpolitischer Newsletter Nr. 191

15.01.2013 [Presseerklärung PRO ASYL: Asylantragszahlen 2012. Deutschland wird sich auf mehr Flüchtlinge einstellen müssen. PRO ASYL fordert, die Aufnahmekapazitäten für Asylsuchende zu erhöhen.](#)

18.02.2013 [Bundesamt für Migration und Flüchtlinge: Asylgeschäftsstatistik](#)

09.03.2013 [Flüchtlingsrat BW: Starker Anstieg? Asylzugangszahlen 2012. Artikel im Rundbrief 01/2013 \[PDF\]](#)

Bundesregierung antwortet auf Fragen zu Abschiebungen im Jahr 2012

763 Abschiebungen aus Baden-Württemberg

Die Bundesregierung hat am 20. Februar 2013 eine kleine Anfrage der Fraktion Die Linke zu „Abschiebungen im Jahr 2012“ beantwortet ([BT-Drucksache 17/12148](#) und [17/12442](#)). Im Jahr 2012 wurden 7651 Abschiebungen vollzogen. Hinzu kommen 4417 Zurückschiebungen sowie 3829 Zurückweisungen.

Quelle: Pro Asyl (03.04.2013): Fachpolitischer Newsletter 191

[weiterlesen...](#)

Bundesrats-Beschluss für eine neue stichtagsfreie Bleiberechtsregelung

Jetzt muss die Bundesregierung eine Entscheidung über die Vorlage für einen § 25b Aufenthaltsgesetz treffen

Der Bundesrat beschloss am 22. März 2013, den Gesetzentwurf Hamburgs für eine stichtagsunabhängige Bleiberechtsregelung in den Bundestag einzubringen. Dem Gesetzesantrag sind die Länder Baden-Württemberg, Brandenburg, Bremen, Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz, Schleswig-Holstein und Niedersachsen beigetreten.

22.03.2013 [Bundesratsbeschluss zur Bleiberechtsregelung](#) (Link zum Bundesrat), [Bundesratsbeschluss als PDF](#) (Link zur Homepage des Flüchtlingsrats Berlin)

Mehr Informationen zu den geplanten Inhalten des § 25b AufenthG: [weiterlesen...](#)

Landesflüchtlingsräte appellieren an Bundesministerin von der Leyen:

Öffnung des Arbeitsmarkts für Flüchtlinge nicht rückgängig machen!

Presseerklärung vom 9.4.2013

Mit Enttäuschung haben die Flüchtlingsräte der Länder die Ankündigung der Bundesregierung zur Kenntnis genommen, das „ESF-Bundesprogramm zur arbeitsmarktlichen Unterstützung für Bleiberechtigte und Flüchtlinge mit Zugang zum Arbeitsmarkt“ im Jahr 2013 auslaufen zu lassen. „Wir sehen die Gefahr, dass die seit 2002 zaghaft begonnene Öffnung des Arbeitsmarkts für Flüchtlinge zum Stillstand kommt“, erklärte hierzu Angelika von Loeper, 1. Vorsitzende des Flüchtlingsrats Baden-Württemberg. [Weiterlesen...](#)

- 09.04.2013 [Presseerklärung der Landesflüchtlingsräte: "Landesflüchtlingsräte appellieren an Bundesministerin von der Leyen: Öffnung des Arbeitsmarkts für Flüchtlinge nicht rückgängig machen!" \[PDF\]](#)

- [Link zur Homepage der Bleiberechts-Netzwerke aus Baden-Württemberg](#)

Gemeinsames Europäisches Asylsystem kurz vor der Verabschiedung

Grüne werden nicht zustimmen, sie wollen "starke Asylstandards, kein Abschreckungssystem"

Europaparlament und Europäischer Rat haben am 21. März die Verhandlungen zum gemeinsamen europäischen Asylsystem abgeschlossen. Damit steht der Kompromiss zum neuen Asylsystem in Europa. Die Dublin-Verordnung und die Aufnahmerichtlinie waren bereits ausverhandelt. Kompromisse wurden nun auch zur umstrittenen Eurodac-Verordnung und zur Asylverfahrensrichtlinie erzielt. Die Abstimmung des Gesamtpakets ist für Juni vorgesehen. Ska Keller, migrationspolitische Sprecherin der Grünen im EU-Parlament, sieht die Resultate als "Armutzeugnis für die Europäische Union". Von der Idee des gemeinsamen Asylsystems bleibe so gut wie nichts übrig. In der EU Asyl zu beantragen, gleiche auch in Zukunft einem Lotteriespiel.

- 22.03.2013 LIBE-Blitzlicht März 2013 (hg. von Ska Keller, Grüne): ["Gesamtbewertung des neuen Gemeinsamen Europäischen Asylsystems. Wir wollen starke Asylstandards, kein Abschreckungssystem."](#)[PDF]
 14.03.2013 Jungle World: ["Harmonischer abschieben. Seit zehn Jahren ist die Dublin-II-Verordnung in Kraft. Das Asylrecht in Europa soll nun vereinheitlicht werden. Für Asylsuchende wird sich dadurch kaum etwas verbessern."](#) (Autorin Lena Müller)

In aller Kürze:

- 20.03.2013 **100 irakische Flüchtlinge aus der Türkei werden aufgenommen.** Auf der Basis des Innenministerbeschlusses vom 9. Dezember 2011 (jährliche Aufnahme von 300 Personen) hat das Bundesministerium des Inneren mit Beschluss vom 20.3.2013 die Aufnahme von 100 schutzbedürftigen irakischen Flüchtlingen, die in der Türkei im Transit waren, angeordnet. 20.03.2013 [BMI: Resettlement-Anordnung \[PDF\]](#)
- 02.04.2013 [Jugendliche ohne Grenzen: Aufruf „Bleiberecht für alle“](#) zur Innenministerkonferenz im Mai in Hannover. [Aufruf zur 11. JoG Konferenz in Hanover von 21. bis 24. Mai 2013](#)
- 01.03.2013 [Deutschlandradio Kultur: "Flüchtlinge werden in Deutschland mies behandelt". Heribert Prantl kritisiert Umgang mit Asylbewerbern](#) (Autor: Dieter Kassel)
- 14.04.2013 Demonstration zum Prozess gegen den NSU – [Link zum Aufruf antirassistischer Gruppen \(Karawane München\) zur Demonstration](#)

Neue Materialien

25.03.2013 [Flüchtlingsrat Bayern: Reader "Bildung und Arbeit für Flüchtlinge"](#) Das Themenspektrum reicht hierbei von den aufenthaltsrechtlichen Rahmenbedingungen über Fördermöglichkeiten nach dem SGB III, BafÖG und BAB bis zu den Zugangsbedingungen zu Schule, Studium und Ausbildung und ausgewählten Best-Practice-Modellen zur Beschulung von jungen Flüchtlingen. Bestellungen richten Sie bitte an: Uche Akpulu | E-Mail: akpulu@fluechtlingsrat-bayern.de | Tel: 089 762234

3. AKTUELLE TERMINE

Lokale und landesweite Veranstaltungen und Aktionen / Überregionale Tagungen etc.

20. April 2013, 14 Uhr, Freiburg, Johanneskirche

Demonstration „Wer bleiben will, soll bleiben – Gemeinsam gegen die grün-rote Abschiebepolitik“

Link zu [Aufruf](#) und [Plakat](#)

Veranstalter: [Aktion Bleiberecht Freiburg](#) u.a.

Sa, 04.05.2013 bis Sa, 18.05.2013 Clubhaus, Wilhelmstraße Tübingen

Asylpolitische Tage in Tübingen

Mit einer Ausstellung zu Flüchtlings-Protesten, Vorträgen und Workshops soll über die Situation der Flüchtlinge in Deutschland, 20 Jahre nach der de facto Abschaffung des Asylrechts informiert werden.

Veranstalter: [Aktion Asyl Tübingen](#)

Sa, 06. Juli 2013, 9.30 - 17.00, Friedensgemeindehaus, Schubartstr. 14, Stuttgart

Plenum / Tagung des Flüchtlingsrats BW

Titel: **Das neue Flüchtlingsaufnahmegesetz**

Schwerpunkte: Flüchtlingsaufnahmegesetz / Aufnahme syrischer Flüchtlinge / Syrien etc.

Das Programm erscheint ca. Mitte Mai

Impressum

FLÜCHTLINGSRAT BADEN-WÜRTTEMBERG

Geschäftsstelle, Urbanstr. 44 - 70182 Stuttgart
Tel.: 0711 - 55 32 83-4 -- Fax.: 0711 - 55 32 83-5
E-Mail: info@fluechtlingsrat-bw.de
Web: www.fluechtlingsrat-bw.de

Solidarität braucht Solidarität!

Unterstützen Sie unsere politische und praktische Arbeit für Flüchtlinge durch eine Mitgliedschaft, eine Fördermitgliedschaft oder eine Spende an:

Flüchtlingsrat Baden-Württemberg e.V., BW Bank, BLZ 600 501 01, Kto: 35 17 930

Redaktion: Andreas Linder, Ulrike Duchrow, Dr. Manfred Budzinski

Unsere bisherigen Newsletter finden Sie auf unser Website unter "Archiv / E-Mail-News" sowie viele weitere (aktuelle) Informationen.

Wenn Sie den Newsletter abbestellen wollen, schicken Sie uns bitte eine E-Mail an info@fluechtlingsrat-bw.de.

Wenn Sie uns als Mitglied oder SpenderIn (sofern Sie dies noch nicht sind) aktiv unterstützen wollen, finden Sie das entsprechende Formular ebenfalls auf unserer Website.

Dieser Newsletter erscheint mit Unterstützung von: Förderverein PRO ASYL e.V., Europäischer Flüchtlingsfonds, Land Baden-Württemberg (Ministerium für Integration)